

GISELA ERLER

STAATSRÄTIN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND BÜRGERBETEILIGUNG

Herrn
Josef Frey MdL
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

8. Oktober 2018

nachrichtlich:

Frau
Landtagspräsidentin
Muhterem Aras MdL
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Resolutionen des Oberrheinrates vom 18.06.2018

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

für die Übersendung der Resolutionen des Oberrheinrates vom 18. Juni 2018 danke ich herzlich. Nach Einholung von Stellungnahmen der Fachministerien nehme ich für die Landesregierung zu den Resolutionen des Oberrheinrates wie folgt Stellung:

1. Resolution „Transitreisen am Badischen Bahnhof Basel“

Von dem in der Resolution angesprochenen Problem der Transitreisenden über den Badischen Bahnhof Basel sind insbesondere Ausländer betroffen, die im Besitz einer Duldung sind oder deren Aufenthalt gestattet ist. Diesen fehlt der notwendige Aufenthaltstitel, der zum Grenzübertritt innerhalb des Schengen-Raumes berechtigt, und damit die Berechtigung zu Zugreisen, die über Schweizer Hoheitsgebiet führen. Das Bundesministerium des Innern hat sich im Januar 2018 dahingehend positioniert, dass es in diesen Fällen einer Einreise in die Schweiz nicht notwendigerweise bedarf und dass die

existierenden Reisemöglichkeiten dabei durchaus als zumutbar erscheinen. Eine Regelungskompetenz des Landes, hiervon abweichende, unter Umständen pragmatischere Regelungen mit der Schweiz zu treffen, besteht grundsätzlich nicht. Nach Mitteilung des Regierungspräsidiums Freiburg wurde im Rahmen einer Besprechung im April 2018 gleichwohl vereinbart, dass die deutschen und schweizerischen Grenzbehörden Lösungsmöglichkeiten prüfen sollen. Die Landesbehörden haben zwar aufgrund der grenzüberschreitenden Sachverhalte keine eigene Zuständigkeit, aber sie nehmen bei der Prüfung sowie der Ausarbeitung von Lösungsmöglichkeiten eine beobachtende Rolle ein. Die Landesregierung wird sich in diesem Sinne weiter um eine Prüfung bemühen, ob vor Ort eine pragmatische Lösung gefunden werden kann.

2. Resolution „Gegenseitige Anerkennung von Umweltplaketten am Oberrhein“

zu Ziffer 1:

Die Einführung von Umweltzonen bzw. vergleichbaren Regelungen stellt in vielen europäischen Ländern ein wirksames Mittel zur Verringerung der Emissionen des Straßenverkehrs dar. Im Detail können jedoch deutliche Unterschiede hinsichtlich des Einführungsdatums, der Anforderung an der Emissionsverhalten, der Anzahl der Plaketten-Klassen (Farben) und der Überwachung bestehen. Deutliche Unterschiede bestehen in dieser Hinsicht auch zwischen der französischen und der deutschen Regelung.

zu Ziffer 3:

Die gegenseitige Anerkennung von Plaketten zur Einfahrt in Umweltzonen ist aus Sicht der tangierten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer wünschenswert. Dieses Anliegen wurde in den vergangenen Monaten mehrfach an die Landesregierung herangetragen. Eine Prüfung des Ministeriums für Verkehr ist zu dem Ergebnis gekommen, dass eine gegenseitige Anerkennung nicht umsetzbar erscheint. Dazu ist die Definition der neu eingeführten französischen Plaketten zu unterschiedlich zu den in Deutschland bereits vor über zehn Jahren eingeführten Plaketten. Ein vergleichbarer Prozess der Vereinheitlichung von Plaketten auf nationaler (bzw. europäischer) Ebene hat vor Jahren ohne konkretes Ergebnis seinen Abschluss gefunden. Die Zuständigkeit hierfür liegt bei der Bundesregierung. Weitere Aktivitäten sind nach Kenntnis der Landesregierung derzeit nicht vorgesehen.

3. Resolution „Vorschlag für eine gemeinsame Resolution der Départements Bas-Rhin und Haut-Rhin und der Région Grand Est zur Unterstützung zum Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg“

Der Beschluss des Oberrheinrats vom 18. Juni 2018, in der er seine Unterstützung für Straßburg als Sitz des Europäischen Parlaments im Herzen des Oberrheins bekräftigt, wird von der Landesregierung begrüßt.

Die Koalitionsvereinbarung der Landesregierung spricht sich für eine Stärkung des Raums Straßburg-Ortenau als Sitz europäischer Institutionen aus. Straßburg ist aufgrund seiner Geschichte in besonderer Weise ein Symbol der deutsch-französischen Aussöhnung; der Oberrheinregion und Straßburg kommt eine Vorreiterrolle bei der Zusammenarbeit in Europa zu. Für das Europäische Parlament ist ein Sitz an einem Ort, der in besonderer Weise für die europäische Idee steht, naheliegend. Das Land Baden-Württemberg hat darüber hinaus ein strategisches Interesse daran, das Europäische Parlament in unmittelbarer Nachbarschaft zu haben und dadurch einen intensiven Austausch mit den Parlamentariern pflegen zu können.

4. Resolution „Statistische Raumbbeobachtung“

Die Landesregierung begrüßt die Resolution des Oberrheinrats vom 18. Juni 2018, in der er die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Raumbbeobachtung auf der Basis statistischer Daten bekräftigt, und sieht in der engeren Zusammenarbeit der statistischen Ämter einen besonderen Wert für die Vertiefung und den Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und eine nachhaltige Entwicklung des Grenzraums am Oberrhein. Konkrete Maßnahmen wie die Broschüre „Oberrhein – Zahlen und Daten“ sowie das Webportal „GeoRhena“ erleichtern, wie in der Resolution ausgeführt, den Bürgerinnen und Bürgern sowie Behörden den Zugang zu Statistiken.

Die Landesregierung informiert, dass am 6. Juli 2018 die Regierungspräsidentin des Regierungspräsidiums in Freiburg, Frau Bärbel Schäfer, die Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Dr. Carmina Brenner, den Direktor der INSEE du Grand Est, Joël Creusat und den Präsidenten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Marcel Hürter zu einer Arbeitstagung in Freiburg begrüßte. Am 20. Juni 2018 hatte ferienbedingt bereits eine Vorbesprechung mit den Leitern der Statistischen Ämter der Nordwestschweiz in Basel stattgefunden.

Bei beiden Treffen unterstrichen die Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter einmütig den interessanten Ansatz des Projekts. Angesichts der begrenzten Ressourcen könnte auf der Grundlage der bereits verfügbaren und harmonisierten Daten für das im zweijährigen Turnus herausgegebene statistische Heft für den Oberrhein ein Pilotprojekt in Angriff genommen werden.

5. Resolution „Länderübergreifendes gemeinsames Polizeirevier am Standort Bienenwald“

Die Landesregierung dankt für die nachrichtliche Unterrichtung zu der Resolution „Länderübergreifendes gemeinsames Polizeirevier am Standort Bienenwald“. Da es sich um eine geplante Einrichtung der Bundespolizei mit der französischen Grenzpolizei handelt, ist die Landespolizei Baden-Württemberg nicht betroffen. Die möglichen Standorte „Bienenwald und Scheibenhard“ befinden sich in Rheinland-Pfalz.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gisela Erler', with a stylized, cursive script.

Gisela Erler